Dresden

Sind wir noch zu retten?

Ein guter (Stadt-) Rat

... natürlich vom NEUEN FORUM!

Guter Rat zum Thema:

Finanzen, Wirtschaft und Infrastruktur
Kommunale Finanzen
Infrastruktur/Wirtschaft
Verkehr

Soziales und Gesellschaft
Bezahlbarer Wohnraum für alle
Bürgerbeteiligung und Verwaltung
Kultur
Bildung und Freizeit

Gesellschaftliche Gruppen
Frauen
Jugend und Familie
Minderheiten

Liebe Bürgerinnen und Bürger!

„In unserem Land ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Belege dafür sind die weitverbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische oder zur massenhaften Auswanderung ... Die gestörte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft lähmt die schöpferischen Potenzen unserer Gesellschaft und behindert die Lösung der anstehenden lokalen und globalen Aufgaben."

(aus dem Gründungsaufruf des NEUEN FORUM)

Im Herbst 1989 überwanden Tausende Menschen auch in Dresden ihre Angst, gingen auf die Straße und forderten gesellschaftliche Veränderungen, um der Fluchtwelle ein Ende zu bereiten. Mit dem Ende der SED-Herrschaft wurde der Weg zur Demokratie beschritten. Aber Demokratie sollte auch heißen, daß nicht mehr einige Wenige entscheiden und sich auf Kosten der Mehrheit bereichern. Das NEUE FORUM wollte eine solidarische Gesellschaft, in der Menschen frei und selbstbestimmt, aber gemeinschaftlich bewußt leben und handeln, in der soziale Gerechtigkeit und Pluralismus keine leeren Worte sind.

Zu diesen Zielen bekennen wir uns auch heute, da trotz aller politischen Freiheiten und erweiterter Möglichkeiten in vielen Bereichen keine grundlegende geistige und moralische Erneuerung der Gesellschaft erfolgt ist. Erneut ist die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung von politischen Entscheidungen aus-geschlossen, und die Parteien konservieren diesen Zustand im Sinne ihres Machterhalts. Gemeinsames Nachdenken findet kaum statt. Wahlparolen treten an die Stelle von zukunftsweisenden Konzepten im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Da diese Strukturen oft nur noch mit Gewalt aufrechtzuerhalten sind, besteht außerdem die Gefahr eines Abbaus der Demokratie. Trotz der Beschwörungsformeln vom „Aufschwung Ost" erleben viele Menschen die allmähliche Zerstörung des Sozialstaates, den Verlust des Arbeitsplatzes und sozialer Bindungen. Viele, die freudig die Einheit Deutschlands begrüßten, sind desillusioniert, auch resigniert und hoffnungslos. Wir sind jedoch davon über-zeugt, daß eine umfassende Krise eine umfassende Einflußnahme auf allen Ebenen erfordert. Um die Gesellschaft zu demokratisieren, brauchen wir mündige Bürgerinnen und Bürger, die sich durch eigenverantwortliches, solidarisches und tolerantes Handeln an den Problemlösungen beteiligen und sich in allen Bereichen der Politik einmischen. Gerade auf kommunaler Ebene erleben wir Politik hautnah und können als unmittelbar Betroffene unseren Sachverstand und unsere Erfahrungen einbringen sowie unsere Bedürfnisse artikulieren.

Das NEUE FORUM stellt sich mit einer offenen Liste zur Wahl.

In der DDR war das Nicht-Wählen eine bewußte politische Tat.

In der Demokratie interessiert es die etablierten Parteien kaum, wie hoch der Anteil der Nichtwähler ist. Auch bei einer Wahlbeteiligung weit unter 50 % gelten Politiker als gewählt.

Bedenken Sie also, daß Sie auch dann der Herrschaft der entstehenden Mehrheitsverhältnisse unterworfen werden, wenn Sie an deren Zustande-kommen selbst nicht mitgewirkt haben. Die eigene Stimme ins Spiel bringen ist besser als Schweigen. Wir haben es erreicht, frei wählen zu können und sollten diese Freiheit nicht ungenutzt lassen.

Wägen Sie ab, wem Sie für die nächsten 5 Jahre Ihr Vertrauen geben.

Wir stellen unsere Kritikpunkte und Vorschläge zur Kommunalpolitik in Dresden zur Diskussion.

Machen Sie sich die Mühe, diese Texte zu lesen, um unsere Standpunkte kennenzulernen!

FINANZEN, WIRTSCHAFT UND INFRASTRUKTUR

Kommunale Finanzen

In den kommunalen Haushalten soll gespart werden. Immerhin beträgt die Neuverschuldung der Kommunen 1993 etwa 17 Mrd. DM. Die vielbeschworene kommunale Selbstverwaltung reduziert sich in dieser Situation auf das Reagieren innerhalb finanzieller Zwänge. Die politische Entscheidungsfreiheit erscheint bedrohlich eingeschränkt. Die Erpressung der Kommunen mit "finanziellen Sachzwängen" wird zum Instrument der Durchsetzung des Kommunalprogrammes der CDU, indem Kürzungen im Sozialbereich und Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen als unumgänglich angepriesen werden. Besonders das städtische Personal und die Sozialhilfeempfänger sollen für die Folgen von verantwortungslosen Entscheidungen anderer aufkommen.

Das NEUE FORUM sieht folgende politische Handlungsmöglichkeiten, um tatsächlich zu sparen und nicht bei den sozial Schwachen zu kürzen:

- Die Sozialhilfeausgaben sollten durch den Bund finanziert werden.
  Im Moment erhöhen sich die Sozialhilfekosten der Kommunen durch Kürzungen beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe.
- Um günstige Bedingungen für Investitionen zu schaffen, werden Verträge geschlossen (Gewinngarantien, Mietgarantien, verbilligte Kredite, zu billige Grundstücke usw.), die zu Lasten der kommunalen Haushalte gehen.
  Wir lehnen jegliche Verträge solcher Art ab.
- Wir wenden uns gegen die Zahlungen der sogenannten "Altschulden" ostdeutscher Städte, da diese nie real existierten.

Wenn die kommunalen Haushalte nicht auf Kosten der Sozialhilfeberechtigten und der kommunalen Beschäftigten saniert werden sollen, dann müssen diejenigen zur Kasse gebeten werden, die sich an Steuergeldern privat bereichern. Um alle Formen von Wirtschaftskriminalität, öffentlicher Verschwendung, überflüssige Hierarchien usw. abzubauen, bedarf es der Aufmerksamkeit und der Vorschläge derer, die bereit sind, ihren Interessen Geltung zu verschaffen und sich gegen unsoziale Kommunalpolitik zu wehren.

Infrastruktur/Wirtschaft

In Dresden soll die Einheit von Wohnen, Arbeiten, Versorgen (Einkaufen), Kultur und Freizeit erhalten bzw. besonders gefördert werden. Dies ist in Dresden besonders günstig zu realisieren durch die Erweiterung der Stadtteilzentren, die in ihrem Charakter erhalten bzw. vorsichtig entwickelt werden sollen. Dabei setzen wir uns ein für eine qualitative und ökologisch verträgliche Umgestaltung der Wirtschaft.
Das bedeutet z. B.:

- Gewerbeansiedlung mit entsprechendem Wohnungsbau oder Wohneinzugsgebiet,
- Erhaltung bzw. Schaffung von Sport- und Freizeitstätten wie Pacht von Kiesgruben u. ä.,
- Sicherung der Natur- und Landschaftsräume und Grünflächen der Stadt, insbesondere der Natur- und Landschaftsschutzgebiete vor Baumaßnahmen und anderen naturzerstörenden Nutzungen
- Erhaltung der Kleingärten,
- Förderung kleiner und mittler Unternehmen sowie kleiner Verkaufsein- richtungen, z. B. durch Einflußnahme auf Gewerberaummieten und Erbpachtzins nach Nutzern,
- Gefährliche Produktionen (Chemie u. ä.) sind im Stadtgebiet zu untersagen,
- Aufbau eines sächsischen Großhandels für einheimische Produkte,

- Aufbau eines Müllvermeidungs- und verwertungssystems. Es sind Gebühren-Instrumentarien zu entrichten, welche z. B. Müllvermeidung durch Pfandsysteme fördern.
- Abschaffung von Mengenrabatten

Die Stadt Dresden wird Programme zur Förderung regenerativer Energie-quellen erstellen und durch Zusammenarbeit mit der TU und dem Bundesministerium für Forschung und Wissenschaft die Nutzung dieser Energiequellen erleichtern.

Verkehr:

Alle müssen die gleichen Lebens- und Bewegungschancen haben. Kinder wie Berufstätige, Touristen, ältere Bürger und Behinderte. Deshalb ist dem öffentlichen Personennahverkehr in jeder Hinsicht Vorrang einzuräumen. Wir sind für die Beachtung und Umsetzung der vorhandenen umweltorientierten Verkehrsstrategien Dresden und Oberes Elbtal.
Dazu gehört z. B.:

- Stadt der kurzen Wege
- Öffentlicher Personennahverkehr auch nachts
- Verdichtung der Taktzeiten
- Verkehrsverbund und ein Tarifsystem
- Förderung von Statt-Auto Gesellschaften
- Ausbau des Radwegenetzes
- LKW-Teilfahrverbote
- Nutzung des Dresdner Wissenschaftspotentials für Verkehrslösungen.

Wir treten ein für ein Verkehrskonzept ohne Autobahn, aber befürworten den Bau ortsentlastender Umgehungsstraßen.

SOZIALES UND GESELLSCHAFT

Bezahlbarer Wohnraum für alle

Die Miet- und Wohnungspolitik in der Bundesrepublik ist an einem katastrophalen Tiefpunkt angelangt. Die Gesetzgebung zugunsten der Grundstücks-, Haus- und Wohnungsbesitzer sowie die zwangsweise Anpassung des ostdeutschen Wohnungswesens an kapitalistische Eigentumsansprüche andererseits haben existenzbedrohende soziale Ungerechtigkeiten geschaffen. Sie untergraben die demokratischen Grundlagen in Ost und West und sind zu einem zentralen politischen Problem geworden. In unteren Einkommensschichten müssen bereits bis zu 50 % des verfügbaren Einkommens für die Miete ausgegeben werden. Immer weniger Wohnungssuchende finden eine bezahlbare Wohnung. Der Schwarzmarkt auf dem Wohnungssektor und die Immobilienspekulation blühen. Grundstückspreise und Mieten schrauben sich weiter in schwindelnde Höhen.
Ein weiteres Anwachsen des Wohnungsnotstandes, der Obdachlosigkeit und der Mietenspirale kann nur durch einen sofortigen politischen Richtungswechsel verhindert werden.
Das NEUE FORUM hält deshalb folgende Schritte auf dem Weg zu einer gerechteren Wohnungspolitik für notwendig:

1. Wohnungspolitische Maßnahmen

- Dauerhafte Sicherung des Bestandes der Mietwohnungen;
  gesetzliche Unterbindung der Vernichtung bezahlbaren Wohnraums durch Zweckentfremdung, Leerstand, Luxusmodernisierung und Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.
- Sicherung und Erweiterung des kommunalen Eigentums an Mietwohnungen sowie der kommunalen Belegungsrechte.

- Um die Bewirtschaftung von Mietshäusern im kommunalen Interesse zu garantieren, ist die Gemeinnützigkeit der Wohnungsbaugesellschaften durch Gesetz wiederherzustellen. Die Rechte demokratischer Mitbestimmung der Mieter/innen müssen gewährleistet sein.
- Bundes- und landesfinanzierte Programme zur Sanierung der innerstädtischen Wohngebiete, unabhängig von Eigentumsvorbehalten;
  Erlassung von Instandsetzungsgeboten.
- Bevölkerungspolitisch und ökologisch ausgerichtete Erweiterung des Mietwohnungsbestandes durch soziale Wohnungsbauprogramme mit Mitteln der öffentlichen Hand.

2. Mietrechtliche Maßnahmen

- Beibehaltung der Mietpreisbindung im Osten über das Jahr 1994 hinaus verbunden mit dem sofortigen Verzicht auf weitere Mieterhöhungen.
  Begrenzung der Mietsteigerung auf die jährliche Inflationsrate.
- Verbot der Mietpreiserhöhung bei Neuvermietung.
- Dauerhafte Sicherung der Sozialbindung.

3. Bodenrechtliche Maßnahmen

- Sicherung der bestehenden Eigentumsrechte an Grund und Boden der Länder, Städte und Gemeinden; Erweiterung des Bestandes durch Festschreibung eines generellen Vorkaufsrechts.
- Für den zielgerichteten Ankauf von Grundstücken für den Mietwohnungsbau sind kommunale und landeseigene Bodenfonds einzurichten.
- Billiges Bauland muß durch die Kommunen planungsrechtlich vorrangig für den Mietwohnungsbau gesichert werden.
- Bauland ist durch die Kommunen ausschließlich in Erbpacht als umfassendes bau- und bodenpolitisches Instrument zu vergeben.

4. Steuerrechtliche Maßnahmen

- Gesetzlich geregelte Abschöpfung/Besteuerung der Bodenwertsteigerung und des Planungsgewinns von privatem Grund und Boden durch die Kommunen.
- Einschneidende Besteuerung von ausgewiesenem, aber ungenutztem Bauland.
- Abschaffung der Steuergeschenke beim Erwerb von nicht selbst genutztem Wohneigentum.
- Umfassende Steuererleichterung für den gemeinnützigen Mietwohnungsbau.

5. Finanzpolitische Rahmenbedingungen.

- Die Wohnungsbauförderung des Bundes und der Länder sind in erster Linie von der Vergabe der Mittel zur Eigentumsbildung sowie zur Steuerersparnis privater Eigentümer und Bauherren geprägt. Von rund 40 Milliarden DM gehen nur 4 Milliarden DM in den sozialen Wohnungsbau. Wenn hingegen die Gesamtsumme in den Mietwohnungsbau fließen würde, könnten jährlich 100 000 Sozialwohnungen zusätzlich entstehen.
- Die Abschaffung der Steuervergünstigungen für Grundstücks-, Haus- und Wohnungseigentümer würde eine spürbare Entlastung der öffentlichen Haushalte zur Folge haben. Damit stünden diese Mittel zur notwendigen Sanierung innerstädtischer Wohngebiete zur Verfügung.
- Jährlich gehen den öffentlichen Haushalten etwa 100 Mrd. DM durch Steuerhinterziehung verloren. Mit einer massiv verstärkten Steuerbearbeitung und -fahndung könnten insbesondere die von

Grundstücks-, Haus und Wohnungseigentümern unterschlagenen Summen zum Flächenankauf durch Länder und Kommunen genutzt werden.

Bürgerbeteiligung und Verwaltung

Viele Verwaltungsabläufe und Entscheidungsprozesse sind den BürgerInnen undurchschaubar. Es kostet Zeit und Nerven, sich im Dschungel der Bürokratie zurechtzufinden.
Daher treten wir für eine bürgernahe und freundliche Verwaltung ein. Hauptkriterien der Besetzung von Sachressorts muß die fachliche Kompetenz sein. Eine Verbeamtung in den Kommunalverwaltungen lehnen wir ab.
Verordnungen, Satzungen u. ä. sind für die Bürgerinnen und Bürger verständlich zu gestalten.
Für die Erweiterung und Vertiefung der kommunalen Demokratie setzen wir folgende Schwerpunkte:

- Stärkung der Macht des Stadtrates gegenüber der Verwaltung, wobei wir insbesondere die Machtfülle der Bürgermeister ablehnen.
- Konsequente Überwachung der Ausführung aller vom Stadtrat gefaßten Beschlüsse.
- Umfassendes Akteneinsichtsrecht für alle Planungen und Vorhaben, die von grundlegender Bedeutung für die Entwicklung der Stadt sind. Damit wollen wir die Abschottung der Behörden durchbrechen und Einblicke in die gläserne Verwaltung erhalten.
- In den Ausschüssen des Stadtrates müssen betroffene und sachkundige BürgerInnen die Möglichkeit der Mitarbeit erhalten, wobei ihnen Rede- und Antragsrecht im Parlament zu gewähren ist.
- Erweiterung der Instrumente direkter Demokratie, u. a. durch Senken der Quoren für Bürgerbegehren von 15 % auf 5 %.
- Abgeordnete, die in Aufsichtsräten städtischer Betriebe arbeiten, müssen durch eine Aktenvorlagepflicht der öffentlichen Kontrolle durch das Parlament unterzogen sein. Schweige- und Loyalitätsverpflichtungen, soweit sie nicht persönliche Daten betreffen, lehnen wir ab.
- Um die auf dem Papier existierende Öffentlichkeit der Ausschußsitzungen besser zu verwirklichen, sind diese mit Angabe des Themas durch die Stadtverwaltung in der Tagespresse bekannt zu machen.
- Unterstützung aller Initiativen, die sich außerhalb des Parlaments für die Belange der BürgerInnen engagieren.
- Um die Teilnahme aller BürgerInnen am politischen Leben zu gewährleisten, treten wir für das Ausländerwahlrecht ein und befürworten die Installation von Ausländerbeiräten.
- Wahl der Beigeordneten in jeder Legislaturperiode.

Kultur

Kultur ist nicht selbstverständlich vorhanden, sondern sie hat ihren Preis. Die berühmten Bauwerke, die wertvollen Sammlungen, die hervorragenden künstlerischen Ensembles, die Dresdens kulturellen Ruhm ausmachen, müssen unbedingt erhalten und gefördert werden, um das Geschichts- und Traditionsbewußtsein der Bürger zu entwickeln und zu bewahren und auch den Tourismus als beträchtlichen Wirtschaftsfaktor in die Stadt zu ziehen.

- Aus diesem Grunde muß das Stadtzentrum erhalten bzw. in Anlehnung an das alte Stadtbild wiedererstellt werden, ohne mit Bank- oder Bürohäusern den Stadtkern zu vermarkten.
- Die Nutzung der berühmten kulturellen Einrichtungen und damit die Beschäftigung mit unseren kulturellen Wurzeln sollte jedem möglich sein, unabhängig von seinem Einkommen. Dazu gehört das Angebot von Jahreskarten für Museen und Sammlungen, evt. die Einrichtung eines eintrittsfreien Tages, weiterhin freier Zugang für alle in Garten- und Parkanlagen.

Es müssen jedoch auch Voraussetzungen für eine vielseitige kulturelle Beschäftigung jedes einzelnen Bewohners dieser Stadt geschaffen werden. Freie Möglichkeiten zur Entfaltung seiner schöpferischen Fähigkeiten sind wichtige Mittel zur Gestaltung einer offenen multikulturellen Gesellschaft ohne Aggressivität und Gewalt.

- Kulturelle Initiativen, besonders im soziokulturellen Bereich, sind zu unterstützen. So vor allem sollten Stadtteilkultureinrichtungen, wie Musikschulen, Tanzhäuser, Diskos, Bibliotheken, auch zu Kommunikationszentren werden. Vorhandene Kulturhäuser müssen mehrfach genutzt werden.
- Nachmittagsangebote für Schüler, Vormittagsangebote für Hausfrauen und Senioren müssen verstärkt organisiert werden.
- Stadtteilfeste und gemütliche Gasthäuser gehören ebenfalls zu einer bürgerfreundlichen Stadt.
- Auch junge unbekannte Künstler müssen Chancen erhalten, Neues zu schaffen, sich zu etablieren. Durch günstige Mieten, Ausstellungsangebote, Fördermittel wollen wir Experimente mit Ungewohntem unterstützen.

Nicht zuletzt sind wir gegen die Unkultur der an allen Ecken der Stadt auffallenden niveaulosen und häßlichen Werbeplakate und werden deren Abschaffung vorantreiben.

Bildung und Freizeit

Schulen sollten nicht ausschließlich Orte des stupiden Lernens sein. Da die Kinder einen immer größer werdenden Teil ihres Tages in ihnen verbringen, sollten diese auch menschenfreundlich (sauber, farbiger, insgesamt fröhlicher) ausgestaltet werden. Ermöglicht werden muß die Beschäftigung einer genügenden Anzahl von Jugendsozialarbeitern an den Bildungseinrichtungen, da auch "Kleine Leute" mitunter große menschliche Probleme zu bewältigen haben. Einer ebenso umfangreichen Förderung und Unterstützung bedürfen andere, "alternative" Schulmodelle (z. Bsp. die Waldorfschulen und sog. "Freie Schulen" der unterschiedlichsten Art).
Auch nach dem obligatorischen Unterricht sollten die Kapazitäten der Schulen zur unbürokratischen Nutzung offenstehen (Fachkabinette, Sportanlagen u. a.).
Selbstverständlich muß auch im Freizeitbereich die Mitbestimmung der jeweils betroffenen Jugendlichen - z. Bsp. bei der Schließung oder Schaffung eines Jugendklubs - umfangreich geregelt sein. Besonders angeregt und gefördert werden sollten Eigeninitiativen, wo es nur noch gilt, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten und der Kreativität der Jugendlichen bei der Gestaltung ihrer freien Zeit bzw. ihres Umfelds freien Lauf zu lassen. Dies könnte zum Beispiel durch eine gezielt zweckgebundene Vergabe von Mitteln aus einem Förderprogramm geschehen. Niemandem ist mit einer größeren Summe geholfen, die auf Teufel komm raus schnell ausgegeben werden muß.
Zur Problematik der Bildung gehört auch der gesamte Komplex der Ausbildung bzw. des Studiums.
Trauriger Bestandteil ist hierbei der hohe Anteil von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz und später ohne Arbeit. Es müssen Anreize geschaffen werden, die es gerade auch heimischen Handwerksbetrieben möglich machen, Lehrlinge einzustellen. Aber auch von seiten der Kommune selbst müssen Möglichkeiten geschaffen werden, Jugendliche in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Besonders unterstützt werden sollten dabei Eigeninitiativen von Jugendlichen, die alternative Ausbildungswege beschreiten möchten (z. B. in Form von Wander- bzw. Gesellenjahren).
Oft ist dabei schon eine Entbürokratisierung die größte Hilfe, die eine Kommune solch selbsttätigen Jugendlichen geben kann.

GESELLSCHAFTLICHE GRUPPEN

Frauen

Frauen sind in unserer Gesellschaft zwar rechtlich gleichgestellt, aber vor allem in Wirtschaft und Politik nicht wirklich gleichberechtigt. Insbesondere werden Frauen durch ihre Dreifachbelastung in Beruf, Haushalt und Kindererziehung gehindert, aktiv an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben zu können. Auf diese Weise werden auch "Frauenfragen" in der Regel durch Männer entschieden.
Die Erweiterung von Frauenrechten in allen Bereichen ist aber nur ein Schritt auf dem Weg zur allgemeinen Emanzipation des Menschen. Denn nicht nur Frauen, sondern auch Männer werden durch die traditionellen Rollenfestlegungen in der Entfaltung ihrer Individualität gehindert und leiden unter patriarchalischen Gesellschaftsstrukturen.
Das NEUE FORUM tritt dafür ein, alle Bereiche der Gesellschaft daraufhin zu untersuchen, ob sie Frauen, Männern und auch Kinder ein selbständiges Leben ermöglichen und notwendige Veränderungen einzufordern.
Wenn wir die "Frauenfrage" dennoch thematisieren, basiert dies vor allem auf folgender Situationsanalyse:

- In Krisenzeiten verschärft sich der Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt.
- In diesem Wettbewerb wird der Mensch als Ware gehandelt und fast ausschließlich nach seiner Effizienz bewertet.
- Der von der männlichen Arbeit abgeleitete Leistungsbegriff wird zum Maß aller Dinge.
- Der Staat - hochverschuldet - versucht unnötigen "Ballast" loszuwerden und streicht Mittel für Sozialausgaben und ABM-Stellen, wodurch Beratungszentren, Kindereinrichtungen, Frauenhäuser u. a. abgebaut werden.
- Gewalt wird immer häufiger. Ein legitimes Mittel zur Durchsetzung egoistischer Interessen sowie zum Abbau angestauter Aggressionen.
- Konservative Politiker beschwören traditionelle Werte, bei denen auch patriarchalische Bilder und Vorurteile zunehmend eine Rolle spielen und zur Aufrechterhaltung männlicher Macht genutzt werden.

Von all diesen Erscheinungen sind Frauen im besonderen Maße betroffen, was sich u. a. in einer Ausgrenzung alleinerziehender Mütter, Massenarbeitslosigkeit von Frauen, Altersarbeitslosigkeit, verweigerten Aufstiegschancen, verstärkter sexistischer Gewalt und in einer Verschärfung des Abtreibungsrechts widerspiegelt. Es ist klar, daß diese Probleme mit keiner "noch so gut gemeinten" Frauenpolitik zu lösen sind. Vielmehr brauchen wir eine grundlegend neue Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, in der auch Frauen die Hebel der Macht besetzen sollten.
Um die sichtbarsten Benachteiligungen von Frauen zu beseitigen, setzt sich das NEUE FORUM für folgende Grundpositionen ein:
1. Quotierung aller gesellschaftlich relevanten Positionen.
2. Sozialer Vergünstigungen für Erziehende.
3. Unterstützung von Frauenkulturzentren und -häusern.
4. Flächendeckendes Kinderbetreuungsangebot.
5. Verbot der Herstellung und Vertreibung von gewaltverherrlichender, sexistischer und kindesmißbrauchender Pornographie.
6. Keine Benachteiligung für nichteheliche Lebensformen.
7. Kompetenzerweiterung für die Frauenbeauftragte der Stadt Dresden, unter Umständen Vetorecht bei allen Frauenfragen.
8. Beseitigung der üblichen Praxis der Arbeitsämter, so daß Frauen nur dann als verfügbar gelten, wenn sie einen Kindergarten-Platz nachweisen können.

Jugend und Familie

„Wir haben die Erde nicht nur von unseren Eltern geerbt, sondern auch von unseren Kindern geborgt.“

In die heutige Zeit übersetzt würde diese alte afrikanische Weisheit bedeuten: Bei jeder Entscheidung die Gestaltung der zukünftigen Gesellschaft betreffend, sind die Interessen von Kindern und Jugendlichen sehr viel mehr als bisher üblich miteinzubeziehen und diese dem Alter entsprechend auch zu beteiligen bzw. ihnen größtmöglichen Spielraum zur freien Entfaltung ihrer individuellen Persönlichkeit einzuräumen.
Bisher ist es leider so, daß nachfolgende Generationen mit Folgen einer Gesellschaft zu kämpfen haben, bei deren Entwicklung sie nie gefragt wurden und die "Gestalter" dieser "Zukunft" meist schon nicht mehr leben.
Natürlich muß auch in der Jugendpolitik der heutigen Zeit Sparsamkeit an letzter Stelle stehen. Heute nicht getätigte "Investitionen" in diesem Bereich kommen der Gesellschaft auf lange Sicht teuer zu stehen
Die Wiedereingliederung und Resozialisierung von orientierungslosen Jugendlichen, die in der Drogenszene, in Jugendsekten, Jugendprostitution, kriminelle und gewaltbereite bzw. politisch extreme Szenen abgedriftet sind, ist weitaus teurer als eine präventive und auf Hilfe zur Selbsthilfe orientierte Jugendpolitik.
Der heutige Umgang mit Jugendlichen ist allzuoft von Vorurteilen bis hin zur Kriminalisierung geprägt. Alternativ bzw. anders sein duldet die Gesellschaft nicht. Aufklärungsarbeit tut also Not, besteht doch nicht zuletzt in alternativen Lebensformen eine Chance, die zukünftigen Probleme zu bewältigen. Ein Beispiel dafür wäre die allgemeine Wohnungsnot, zu deren Linderung Wohngemeinschaften von Jugendlichen beitragen können. Statt diese durch unnötige Bürokratie und Kriminalisierung zu behindern, sollten sie zweckgebunden aus Mitteln von zu erarbeitenden Förderprogrammen und weitestgehende Entbürokratisierung unterstützt werden.
Weiterhin sollten Jugendliche die Möglichkeiten eingeräumt bekommen, sich selbst öffentlich darzustellen, sagen zu können, was sie wollen und wie sie dies zu tun gedenken. Nur so können Vorurteile über die ach so böse Jugend abgebaut werden. Kommunikation mit und durch Jugendliche statt über bzw. gegen sie!
Verschärfungen von Strafrechtsnormen beseitigen nicht die Ursachen von jugendlichem Fehlverhalten, sondern fördern sie eher.
Familien-, kinder- und jugendgerechte Politik beginnt nicht zuletzt schon bei der Ausgestaltung der Wohngebiete innerhalb einer jeden Kommune. Schon um gegenseitige Vorurteile abbauen zu helfen und einer eventuellen Ghettoisierung von z. B. alten Menschen entgegenzutreten, sollte schon bei der Vergabe von Wohnraum darauf geachtet werden, daß alle Altersgruppen innerhalb eines solchen Wohngebietes vertreten sind. Daran angeschlossen muß auch das Umfeld familien- und kinderfreundlich gestaltet sein. Dazu gehören unter anderem ausreichend große Grünanlagen, verkehrsberuhigte Zonen, eine vernünftige Verkehrspolitik, die auf einen weitestgehenden Abbau von Schadstoffen orientiert ist - die bekanntlich gerade für Kleinkinder starke gesundheitliche Einschränkungen zur Folge haben können -, ein bedarfs-orientiertes Angebot von Kultur- und Freizeitstätten und nicht zuletzt von ausreichend vorhandenen Kinderkrippen- und Kindergarten-plätzen mit gesicherten Mitbestimmungsrechten für die Eltern bzw. Alleinerziehenden.
Letztere sind vor allem auch deshalb von nicht zu unterschätzender Bedeutung, da von ihnen meist die Möglichkeit abhängt, einer geregelten Arbeit nachgehen zu können, eine solche mit der Geburt eines Kindes nicht zu verlieren und auch solchen Regelungen wie der Verfügbarkeitsklausel der Arbeitsämter nachkommen zu können. Die Gefahr sozial geschädigter Kinder ist in arbeitslosen Familien oder auch bei erwerbslosen Alleinerziehenden wesentlich größer, da sie unschuldig zu Opfern werden. Da es aber auch letztere sowie Kinder aus sogenannten Problemfamilien immer geben wird, muß auch ein bedarfsorientiertes und menschenwürdiges Angebot

von sozialpädagogisch-betreutem Wohnen für diese Kinder und Jugendliche vorhanden sein (so z. B. auch für minderjährige Mütter u. a.).

Minderheiten

Jede Gesellschaft sollte sich daran messen lassen, wie sie mit ihren Schwächsten und sozialen Minderheiten umgeht. Zu ihnen gehören Behinderte, gleichgeschlechtlich Liebende und Ausländer. Von einer gleichberechtigten und aktiven Teilnahme am öffentlichen Leben sind diese Gruppen noch viel zu häufig ausgeschlossen. Ihre spezifischen Lebensbedürfnisse sind der Öffentlichkeit kaum bekannt, stattdessen regieren Vorurteile, im besten Fall Gleichgültigkeit. Nicht selten erleben Angehörige dieser Minderheiten Anfeindungen, Diskriminierung und Ausgrenzung.
Dresden ist weitgehend keine behindertenfreundliche Stadt. Es fehlt an Rolltreppen, Fahrstühlen usw. in kulturellen Einrichtungen und Ämtern. Insbesondere die Verkehrsmittel, auch Straßen und Gehwege, sind für Behinderte oft unzugänglich.
Vom Arbeitsmarkt werden Behinderte zunehmend verdrängt. Arbeitgeber zahlen lieber die viel zu niedrige Ausgleichsabgabe als ihrer Pflicht, eine bestimmte Zahl Behinderter zu beschäftigen, nachzukommen.
Auch Lesben und Schwule werden in der Öffentlichkeit diskriminiert, und sei es durch Worte. Sie werden in der Regel als unnormal betrachtet, auch in den Medien werden heterosexuelle Beziehungen als das "Normale" dargestellt. So finden Homosexuelle kaum Identifikationsmöglichkeiten und leben ein Stück weit am Rande oder gar außerhalb der Gesellschaft. Ihre Partnerschaften werden juristisch nicht anerkannt.
In Dresden leben ca. 9 000 Ausländer, darunter ca. 430 Asylbewerber sowie zahlreiche ehemalige Vertragsarbeiter. Ihre Situation ist von Unsicherheit geprägt. Vielen droht die Abschiebung. Sogar Bürgerkriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien sind davor nicht sicher.
Nach einer Zeit gewalttätiger Angriffe, die auch Tote forderten, zeigt sich die Situation in Dresden anscheinend beruhigter. Dennoch sind Ausländer immer noch Opfer alltäglicher, oft auch verbaler Gewalt. Sie leben häufig isoliert, durch die Größe mancher Heime besteht die Gefahr der Ghettoisierung.
Das NEUE FORUM setzt sich für eine Integration und Gleichstellung aller sozialen Minderheiten ein. Die Bevölkerung muß über die Probleme dieser Gruppen objektiv und umfassend informiert werden.
Alle Initiativen, Projekte und Selbsthilfegruppen, die der Integration dienen, sind zu unterstützen. Minderheitenbeauftragte, die der jeweiligen Minderheit selbst angehören, sind einzusetzen und mit notwendigen Kompetenzen auszustatten.
Dresden soll nicht nur eine Stadt der Kunst und Kultur sein, sondern ein Ort, der von gegenseitiger Achtung und Toleranz geprägt ist.

NEUES FORUM DRESDEN *Maternistraße 17 01067 Dresden*
Telefon: 0351-4845 508 Telefax: 0351-495 2420

Liebe Bürgerinnen und Bürger!

„In unserem Land ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Belege dafür sind die weitverbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische oder zur massenhaften Auswanderung ... Die gestörte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft lähmt die schöpferischen Potenzen unserer Gesellschaft und behindert die Lösung der anstehenden lokalen und globalen Aufgaben.“
(aus dem Gründungsaufruf des NEUEN FORUM)

Im Herbst 1989 überwanden Tausende Menschen auch in Dresden ihre Angst, gingen auf die Straße und forderten gesellschaftliche Veränderungen, um der Fluchtwelle ein Ende zu bereiten. Mit dem Ende der SED-Herrschaft wurde der Weg zur Demokratie beschritten. Aber Demokratie sollte auch heißen, daß nicht mehr einige Wenige entscheiden und sich auf Kosten der Mehrheit bereichern. Das NEUE FORUM wollte eine solidarische Gesellschaft, in der Menschen frei und selbstbestimmt, aber gemeinschaftlich bewußt leben und handeln, in der soziale Gerechtigkeit und Pluralismus keine leeren Worte sind.
Zu diesen Zielen bekennen wir uns auch heute, da trotz aller politischen Freiheiten und erweiterter Möglichkeiten in vielen Bereichen keine grundlegende geistige und moralische Erneuerung der Gesellschaft erfolgt ist. Erneut ist die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung von politischen Entscheidungen aus-geschlossen, und die Parteien konservieren diesen Zustand im Sinne ihres Machterhalts. Gemeinsames Nachdenken findet kaum statt. Wahlparolen treten an die Stelle von zukunftsweisenden Konzepten im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Da diese Strukturen oft nur noch mit Gewalt aufrechtzuerhalten sind, besteht außerdem die Gefahr eines Abbaus der Demokratie. Trotz der Beschwörungsformeln vom "Aufschwung Ost" erleben viele Menschen die allmähliche Zerstörung des Sozialstaates, den Verlust des Arbeitsplatzes und sozialer Bindungen. Viele, die freudig die Einheit Deutschlands begrüßten, sind desillusioniert, auch resigniert und hoffnungslos. Wir sind jedoch davon über-zeugt, daß eine umfassende Krise eine umfassende Einflußnahme auf allen Ebenen erfordert. Um die Gesellschaft zu demokratisieren, brauchen wir mündige Bürgerinnen und Bürger, die sich durch eigenverantwortliches, solidarisches und tolerantes Handeln an den Problemlösungen beteiligen und sich in allen Bereichen der Politik einmischen. Gerade auf kommunaler Ebene erleben wir Politik hautnah und können als unmittelbar Betroffene unseren Sachverstand und unsere Erfahrungen einbringen sowie unsere Bedürfnisse artikulieren.
Das NEUE FORUM stellt sich mit einer offenen Liste zur Wahl.
In der DDR war das Nicht-Wählen eine bewußte politische Tat.
In der Demokratie interessiert es die etablierten Parteien kaum, wie hoch der Anteil der Nichtwähler ist. Auch bei einer Wahlbeteiligung weit unter 50 % gelten Politiker als gewählt.
Bedenken Sie also, daß Sie auch dann der Herrschaft der entstehenden Mehrheitsverhältnisse unterworfen werden, wenn Sie an deren Zustande-kommen selbst nicht mitgewirkt haben. Die eigene Stimme ins Spiel bringen ist besser als Schweigen. Wir haben es erreicht, frei wählen zu können und sollten diese Freiheit nicht ungenutzt lassen.
Wägen Sie ab, wem Sie für die nächsten 5 Jahre Ihr Vertrauen geben.
Wir stellen unsere Kritikpunkte und Vorschläge zur Kommunalpolitik in Dresden zur Diskussion.
Machen Sie sich die Mühe, diese Texte zu lesen, um unsere Standpunkte kennenzulernen!

12. JUNI 1994:
WAHLEN FÜR DRESDEN UND EUROPA

NEUES FORUM DRESDEN

Zum Problem Finanzen, Wirtschaft und Infrastruktur

In den kommunalen Haushalten soll gespart werden. Immerhin beträgt die Neuverschuldung der Kommunen 1993 etwa 17 Mrd. DM. Die vielbeschworene kommunale Selbstverwaltung reduziert sich in dieser Situation auf das Reagieren innerhalb finanzieller Zwänge. Die politische Entscheidungsfreiheit erscheint bedrohlich eingeschränkt. Die Erpressung der Kommunen mit „finanziellen Sachzwängen“ wird zum Instrument der Durchsetzung des Kommunalprogrammes der CDU, indem Kürzungen im Sozialbereich und Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen als unumgänglich angepriesen werden. Besonders das städtische Personal und die Sozialhilfeempfänger sollen für die Folgen von verantwortungslosen Entscheidungen anderer aufkommen.

Das NEUE FORUM sieht folgende politische Handlungsmöglichkeiten, um tatsächlich zu sparen und nicht bei den sozial Schwachen zu kürzen:

- Die Sozialhilfeausgaben sollten durch den Bund finanziert werden. Im Moment erhöhen sich die Sozialhilfekosten der Kommunen durch Kürzungen beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe.
- Um günstige Bedinesen werden. Besonders das städtische Personal und die Sozialhilfeempfänger sollen für die Folgen von verantwortungslosen Entscheidungen anderer aufkommen.

Das NEUE FORUM sieht folgende politische Handlungsmöglichkeiten, um tatsächlich zu sparen und nicht bei den sozial Schwachen zu kürzen:

- Die Sozialhilfeausgaben sollten durch den Bund finanziert werden. Im Moment erhöhen sich die Sozialhilfekosten der Kommunen durch Kürzungen beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe.
- Um günstige Bedindiejenigen zur Kasse gebeten werden, die sich an Steuergeldern privat bereichern. Um alle Formen von Wirtschaftskriminalität, öffentlicher Verschwendung, überflüssige Hierarchien usw. abzubauen, bedarf es der Aufmerksamkeit und der Vorschläge derer, die bereit sind, ihren Interessen Geltung zu verschaffen und sich gegen unsoziale Kommunalpolitik zu wehren.

Infrastruktur/Wirtschaft

In Dresden soll die Einheit von Wohnen, Arbeiten, Versorgen (Einkaufen), Kultur und Freizeit erhalten bzw. besonders gefördert werden. Dies ist in Dresden besonders günstig zu realisieren durch die Erweiterung der

Stadtteilzentren, die in ihrem Charakter erhalten bzw. vorsichtig entwickelt werden sollen. Dabei setzen wir uns ein für eine qualitative und ökologisch verträgliche Umgestaltung der Wirtschaft.

Das bedeutet z. B.:
- Gewerbeansiedlung mit entsprechendem Wohnungsbau oder Wohneinzugsgebiet,
- Erhaltung bzw. Schaffung von Sport- und Freizeitstätten wie Pacht von Kiesgruben u. ä.,
- Sicherung der Natur- und Landschaftsräume und Grünflächen der Stadt, insbesondere der Natur- und Landschaftsschutzgebiete vor Baumaßnahmen und anderen naturzerstörenden Nutzungen
- Erhaltung der Kleingärten,
- Förderung kleiner und mittler Unternehmen sowie kleiner Verkaufseinrichtungen, z. B. durch Einflußnahme auf Gewerberaummieten und Erbpachtzins nach Nutzern,
- Gefährliche Produktionen (Chemie u. ä.) sind im Stadtgebiet zu untersagen,
- Aufbau eines sächsischen Großhandels für einheimische Produkte,
- Aufbau eines Müllvermeidungs- und verwertungssystems. Es sind Gebühren-Instrumentarien zu entrichten, welche z. B. Müllvermeidung durch Pfandsysteme fördern.
- Abschaffung von Mengenrabatten

Die Stadt Dresden wird Programme zur Förderung regenerativer Energiequellen erstellen und durch Zusammenarbeit mit der TU und dem Bundesministerium für Forschung und Wissenschaft die Nutzung dieser Energiequellen erleichtern.

Verkehr

Alle müssen die gleichen Lebens- und Bewegungschancen haben. Kinder wie Berufstätige, Touristen, ältere Bürger und Behinderte. Deshalb ist dem öffentlichen Personennahverkehr in jeder Hinsicht Vorrang einzuräumen. Wir sind für die Beachtung und Umsetzung der vorhandenen umweltorientierten Verkehrsstrategien Dresden und Oberes Elbtal.

Dazu gehört z. B.:
- Stadt der kurzen Wege
- Öffentlicher Personennahverkehr auch nachts
- Verdichtung der Taktzeiten
- Verkehrsverbund und ein Tarifsystem
- Förderung von Statt-Auto Gesellschaften
- Ausbau des Radwegenetzes
- LKW-Teilfahrverbote
- Nutzung des Dresdner Wissenschaftspotentials für Verkehrslösungen.

Wir treten ein für ein Verkehrskonzept ohne Autobahn, aber befürworten den Bau ortsentlastender Umgehungsstraßen.

NEUES FORUM DRESDEN
Maternistraße 17, 01067 Dresden Telefon: 48 45 508 Telefax: 495 24 20

Wer soll das bezahlen?

12. JUNI 1994:
WAHLEN FÜR DRESDEN UND EUROPA

NEUES FORUM DRESDEN

Alle unter Dach und Fach?

Bezahlbarer Wohnraum für alle!

Die Miet- und Wohnungspolitik in der Bundesrepublik ist an einem katastrophalen Tiefpunkt angelangt. Die Gesetzgebung zugunsten der Grundstücks-, Haus- und Wohnungsbesitzer sowie die zwangsweise Anpassung des ostdeutschen Wohnungswesens an kapitalistische Eigentumsansprüche andererseits haben existenzbedrohende soziale Ungerechtigkeiten geschaffen. Sie untergraben die demokratischen Grundlagen in Ost und West und sind zu einem zentralen politischen Problem geworden. In unteren Einkommensschichten müssen bereits bis zu 50 % des verfügbaren Einkommens für die Miete ausgegeben werden. Immer weniger Wohnungssuchende finden eine bezahlbare Wohnung. Der Schwarzmarkt auf dem Wohnungssektor und die Immobilienspekulation blühen. Grundstückspreise und Mieten schrauben sich weiter in schwindelnde Höhen. Ein weiteres Anwachsen des Wohnungsnotstandes, der Obdachlosigkeit und der Mietenspirale kann nur durch einen sofortigen politischen Richtungswechsel verhindert werden.
Das NEUE FORUM hält deshalb folgende Schritte auf dem Weg zu einer gerechteren Wohnungspolitik für notwendig:

1. Wohnungspolitische Maßnahmen

- Dauerhafte Sicherung des Bestandes der Mietwohnungen; gesetzliche Unterbindung der Vernichtung bezahlbaren Wohnraums durch Zweckentfremdung, Leerstand, Luxusmodernisierung und Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.
- Sicherung und Erweiterung des kommunalen Eigentums an Mietwohnungen sowie der kommunalen Belegungsrechte.
- Um die Bewirtschaftung von Mietshäusern im kommunalen Interesse zu garantieren, ist die Gemeinnützigkeit der Wohnungsbaugesellschaften durch Gesetz wiederherzustellen. Die Rechte demokratischer Mitbestimmung der Mieter/innen müssen gewährleistet sein.
- Bundes- und landesfinanzierte Programme zur Sanierung der innerstädtischen Wohngebiete, unabhängig von Eigentumsvorbehalten; Erlassung von Instandsetzungsgeboten.
- Bevölkerungspolitisch und ökologisch ausgerichtete Erweiterung des Mietwohnungsbestandes durch soziale Wohnungsbauprogramme mit Mitteln der öffentlichen Hand.

2. Mietrechtliche Maßnahmen

- Beibehaltung der Mietpreisbindung im Osten über das Jahr 1994 hinaus verbunden mit dem sofortigen Verzicht auf weitere Mieterhöhungen. Begrenzung der Mietsteigerung auf die jährliche Inflationsrate.
- Verbot der Mietpreiserhöhung bei Neuvermietung.
- Dauerhafte Sicherung der Sozialbindung.

3. Bodenrechtliche Maßnahmen

- Sicherung der bestehenden Eigentumsrechte an Grund und Boden der Länder, Städte und Gemeinden; Erweiterung des Bestandes durch Festschreibung eines generellen Vorkaufsrechts.
- Für den zielgerichteten Ankauf von Grundstücken für den Mietwohnungsbau sind kommunale und landeseigene Bodenfonds einzurichten.
- Billiges Bauland muß durch die Kommunen planungsrechtlich vorrangig für den Mietwohnungsbau gesichert werden.
- Bauland ist durch die Kommunen ausschließlich in Erbpacht als umfassendes bau- und bodenpolitisches Instrument zu vergeben.

4. Steuerrechtliche Maßnahmen

- Gesetzlich geregelte Abschöpfung/Besteuerung der Bodenwert-steigerung und des Planungsgewinns von privatem Grund und Boden durch die Kommunen.
- Einschneidende Besteuerung von ausgewiesenem, aber ungenutztem Bauland.
- Abschaffung der Steuergeschenke beim Erwerb von nicht selbst genutztem Wohneigentum.
- Umfassende Steuererleichterung für den gemeinnützigen Mietwohnungsbau.

5. Finanzpolitische Rahmenbedingungen.

- Die Wohnungsbauförderung des Bundes und der Länder sind in erster Linie von der Vergabe der Mittel zur Eigentumsbildung sowie zur Steuerersparnis privater Eigentümer und Bauherren geprägt. Von rund 40 Milliarden DM gehen nur 4 Milliarden DM in den sozialen Wohnungsbau. Wenn hingegen die Gesamtsumme in den Mietwohnungsbau fließen würde, könnten jährlich 100 000 Sozialwohnungen zusätzlich entstehen.
- Die Abschaffung der Steuervergünstigungen für Grundstücks-, Haus- und Wohnungseigentümer würde eine spürbare Entlastung der öffentlichen Haushalte zur Folge haben. Damit stünden diese Mittel zur notwendigen Sanierung innerstädtischer Wohngebiete zur Verfügung.
- Jährlich gehen den öffentlichen Haushalten etwa 100 Mrd. DM durch Steuerhinterziehung verloren. Mit einer massiv verstärkten Steuerbearbeitung und -fahndung könnten insbesondere die von Grundstücks-, Haus und Wohnungseigentümern unterschlagenen Summen zum Flächenankauf durch Länder und Kommunen genutzt werden.

NEUES FORUM DRESDEN
Maternistraße 17, 01067 Dresden Telefon: 48 45 508 Telefax: 495 24 20

Bürgerbeteiligung und Verwaltung

Viele Verwaltungsabläufe und Entscheidungsprozesse sind den BürgerInnen undurchschaubar. Es kostet Zeit und Nerven, sich im Dschungel der Bürokratie zurechtzufinden.
Daher treten wir für eine bürgernahe und freundliche Verwaltung ein. Hauptkriterien der Besetzung von Sachressorts muß die fachliche Kompetenz sein. Eine Verbeamtung in den Kommunalverwaltungen lehnen wir ab.
Verordnungen, Satzungen u. ä. sind für die Bürgerinnen und Bürger verständlich zu gestalten.
Für die Erweiterung und Vertiefung der kommunalen Demokratie setzen wir folgende Schwerpunkte:

- Stärkung der Macht des Stadtrates gegenüber der Verwaltung, wobei wir insbesondere die Machtfülle der Bürgermeister ablehnen.
- Konsequente Überwachung der Ausführung aller vom Stadtrat gefaßten Beschlüsse.
- Umfassendes Akteneinsichtsrecht für alle Planungen und Vorhaben, die von grundlegender Bedeutung für die Entwicklung der Stadt sind. Damit wollen wir die Abschottung der Behörden durchbrechen und Einblicke in die gläserne Verwaltung erhalten.
- In den Ausschüssen des Stadtrates müssen betroffene und sachkundige BürgerInnen die Möglichkeit der Mitarbeit erhalten, wobei ihnen Rede- und Antragsrecht im Parlament zu gewähren ist.
- Erweiterung der Instrumente direkter Demokratie, u. a. durch Senken der Quoren für Bürgerbegehren von 15 % auf 5 %.
- Abgeordnete, die in Aufsichtsräten städtischer Betriebe arbeiten, müssen durch eine Aktenvorlagepflicht der öffentlichen Kontrolle durch das Parlament unterzogen sein. Schweige- und Loyalitätsverpflichtungen, soweit sie nicht persönliche Daten betreffen, lehnen wir ab.
- Um die auf dem Papier existierende Öffentlichkeit der Ausschuß-sitzungen besser zu verwirklichen, sind diese mit Angabe des Themas durch die Stadtverwaltung in der Tagespresse bekannt zu machen.
- Unterstützung aller Initiativen, die sich außerhalb des Parlaments für die Belange der BürgerInnen engagieren.
- Um die Teilnahme aller BürgerInnen am politischen Leben zu gewährleisten, treten wir für das Ausländerwahlrecht ein und befürworten die Installation von Ausländerbeiräten.
- Wahl der Beigeordneten in jeder Legislaturperiode.

Kultur

Kultur ist nicht selbstverständlich vorhanden, sondern sie hat ihren Preis. Die berühmten Bauwerke, die wertvollen Sammlungen, die hervorragenden künstlerischen Ensembles, die Dresdens kulturellen Ruhm ausmachen, müssen unbedingt erhalten und gefördert werden, um das Geschichts- und Traditionsbewußtsein der Bürger zu entwickeln und zu bewahren und auch den Tourismus als beträchtlichen Wirtschaftsfaktor in die Stadt zu ziehen.

- Aus diesem Grunde muß das Stadtzentrum erhalten bzw. in Anlehnung an das alte Stadtbild wiedererstellt werden, ohne mit Bank- oder Bürohäusern den Stadtkern zu vermarkten.
- Die Nutzung der berühmten kulturellen Einrichtungen und damit die Beschäftigung mit unseren kulturellen Wurzeln sollte jedem möglich sein, unabhängig von seinem Einkommen. Dazu gehört das Angebot von Jahreskarten für Museen und Sammlungen, evt. die Einrichtung eines eintrittsfreien Tages, weiterhin freier Zugang für alle in Garten- und Parkanlagen.

Es müssen jedoch auch Voraussetzungen für eine vielseitige kulturelle Beschäftigung jedes einzelnen Bewohners dieser Stadt geschaffen werden. Freie Möglichkeiten zur Entfaltung seiner schöpferischen Fähigkeiten sind wichtige Mittel zur Gestaltung einer offenen multikulturellen Gesellschaft ohne Aggressivität und Gewalt.

- Kulturelle Initiativen, besonders im soziokulturellen Bereich, sind zu unterstützen. So vor allem sollten Stadtteilkultureinrichtungen, wie Musikschulen, Tanzhäuser, Diskos, Bibliotheken, auch zu Kommunikationszentren werden. Vorhandene Kulturhäuser müssen mehrfach genutzt werden.
- Nachmittagsangebote für Schüler, Vormittagsangebote für Hausfrauen und Senioren müssen verstärkt organisiert werden.
- Stadtteilfeste und gemütliche Gasthäuser gehören ebenfalls zu einer bürgerfreundlichen Stadt.
- Auch junge unbekannte Künstler müssen Chancen erhalten, Neues zu schaffen, sich zu etablieren. Durch günstige Mieten, Ausstellungsangebote, Fördermittel wollen wir Experimente mit Ungewohntem unterstützen.

Nicht zuletzt sind wir gegen die Unkultur der an allen Ecken der Stadt auffallenden niveaulosen und häßlichen Werbeplakate und werden deren Abschaffung vorantreiben.

Bildung und Freizeit

Schulen sollten nicht ausschließlich Orte des stupiden Lernens sein. Da die Kinder einen immer größer werdenden Teil ihres Tages in ihnen verbringen, sollten diese auch menschenfreundlich (sauber, farbiger, insgesamt fröhlicher) ausgestaltet werden. Ermöglicht werden muß die Beschäftigung einer genügenden Anzahl von Jugendsozialarbeitern an den Bildungseinrichtungen, da auch "Kleine Leute" mitunter große menschliche Probleme zu bewältigen haben. Einer ebenso umfangreichen Förderung und Unterstützung bedürfen andere, "alternative" Schulmodelle (z. Bsp. die Waldorfschulen und sog. "Freie Schulen" der unterschiedlichsten Art).
Auch nach dem obligatorischen Unterricht sollten die Kapazitäten der Schulen zur unbürokratischen Nutzung offenstehen (Fachkabinette, Sportanlagen u. a.).
Selbstverständlich muß auch im Freizeitbereich die Mitbestimmung der jeweils betroffenen Jugendlichen - z. Bsp. bei der Schließung oder Schaffung eines Jugendklubs - umfangreich geregelt sein. Besonders angeregt und gefördert werden sollten Eigeninitiativen, wo es nur noch gilt, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten und der Kreativität der Jugendlichen bei der Gestaltung ihrer freien Zeit bzw. ihres Umfelds freien Lauf zu lassen. Dies könnte zum Beispiel durch eine gezielt zweckgebundene Vergabe von Mitteln aus einem Förderprogramm geschehen. Niemandem ist mit einer größeren Summe geholfen, die auf Teufel komm raus schnell ausgegeben werden muß.
Zur Problematik der Bildung gehört auch der gesamte Komplex der Ausbildung bzw. des Studiums.
Trauriger Bestandteil ist hierbei der hohe Anteil von Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz und später ohne Arbeit. Es müssen Anreize geschaffen werden, die es gerade auch heimischen Handwerksbetrieben möglich machen, Lehrlinge einzustellen. Aber auch von seiten der Kommune selbst müssen Möglichkeiten geschaffen werden, Jugendliche in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Besonders unterstützt werden sollten dabei Eigeninitiativen von Jugendlichen, die alternative Ausbildungswege beschreiten möchten (z. B. in Form von Wander- bzw. Gesellenjahren).
Oft ist dabei schon eine Entbürokratisierung die größte Hilfe, die eine Kommune solch selbsttätigen Jugendlichen geben kann.

GESELLSCHAFTLICHE GRUPPEN

Frauen

Frauen sind in unserer Gesellschaft zwar rechtlich gleichgestellt, aber vor allem in Wirtschaft und Politik nicht wirklich gleichberechtigt. Insbesondere werden Frauen durch ihre Dreifachbelastung in Beruf, Haushalt und Kindererziehung gehindert, aktiv an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben zu können. Auf diese Weise werden auch "Frauenfragen" in der Regel durch Männer entschieden.
Die Erweiterung von Frauenrechten in allen Bereichen ist aber nur ein Schritt auf dem Weg zur allgemeinen Emanzipation des Menschen. Denn nicht nur Frauen, sondern auch Männer werden durch die traditionellen Rollenfestlegungen in der Entfaltung ihrer Individualität gehindert und leiden unter patriarchalischen Gesellschaftsstrukturen.
Das NEUE FORUM tritt dafür ein, alle Bereiche der Gesellschaft daraufhin zu untersuchen, ob sie Frauen, Männern und auch Kinder ein selbständiges Leben ermöglichen und notwendige Veränderungen einzufordern.
Wenn wir die "Frauenfrage" dennoch thematisieren, basiert dies vor allem auf folgender Situationsanalyse:

- In Krisenzeiten verschärft sich der Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt.
- In diesem Wettbewerb wird der Mensch als Ware gehandelt und fast ausschließlich nach seiner Effizienz bewertet.
- Der von der männlichen Arbeit abgeleitete Leistungsbegriff wird zum Maß aller Dinge.
- Der Staat - hochverschuldet - versucht unnötigen "Ballast" loszuwerden und streicht Mittel für Sozialausgaben und ABM-Stellen, wodurch Beratungszentren, Kindereinrichtungen, Frauenhäuser u. a. abgebaut werden.
- Gewalt wird immer häufiger. Ein legitimes Mittel zur Durchsetzung egoistischer Interessen sowie zum Abbau angestauter Aggressionen.
- Konservative Politiker beschwören traditionelle Werte, bei denen auch patriarchalische Bilder und Vorurteile zunehmend eine Rolle spielen und zur Aufrechterhaltung männlicher Macht genutzt werden.

Von all diesen Erscheinungen sind Frauen im besonderen Maße betroffen, was sich u. a. in einer Ausgrenzung alleinerziehender Mütter, Massenarbeitslosigkeit von Frauen, Altersarbeitslosigkeit, verweigerten Aufstiegschancen, verstärkter sexistischer Gewalt und in einer Verschärfung des Abtreibungsrechts widerspiegelt. Es ist klar, daß diese Probleme mit keiner "noch so gut gemeinten" Frauenpolitik zu lösen sind. Vielmehr brauchen wir eine grundlegend neue Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, in der auch Frauen die Hebel der Macht besetzen sollten.
Um die sichtbarsten Benachteiligungen von Frauen zu beseitigen, setzt sich das NEUE FORUM für folgende Grundpositionen ein:
1. Quotierung aller gesellschaftlich relevanten Positionen.
2. Sozialer Vergünstigungen für Erziehende.
3. Unterstützung von Frauenkulturzentren und -häusern.
4. Flächendeckendes Kinderbetreuungsangebot.
5. Verbot der Herstellung und Vertreibung von gewaltverherrlichender, sexistischer und kindesmißbrauchender Pornographie.
6. Keine Benachteiligung für nichteheliche Lebensformen.
7. Kompetenzerweiterung für die Frauenbeauftragte der Stadt Dresden, unter Umständen Vetorecht bei allen Frauenfragen.
8. Beseitigung der üblichen Praxis der Arbeitsämter, so daß Frauen nur dann als verfügbar gelten, wenn sie einen Kindergarten-Platz nachweisen können.

Jugend und Familie

„Wir haben die Erde nicht nur von unseren Eltern geerbt, sondern auch
von unseren Kindern geborgt.“

In die heutige Zeit übersetzt würde diese alte afrikanische Weisheit bedeuten: Bei jeder Entscheidung die Gestaltung der zukünftigen Gesellschaft betreffend, sind die Interessen von Kindern und Jugendlichen sehr viel mehr als bisher üblich miteinzubeziehen und diese dem Alter entsprechend auch zu beteiligen bzw. ihnen größtmöglichen Spielraum zur freien Entfaltung ihrer individuellen Persönlichkeit einzuräumen.
Bisher ist es leider so, daß nachfolgende Generationen mit Folgen einer Gesellschaft zu kämpfen haben, bei deren Entwicklung sie nie gefragt wurden und die „Gestalter“ dieser „Zukunft“ meist schon nicht mehr leben.
Natürlich muß auch in der Jugendpolitik der heutigen Zeit Sparsamkeit an letzter Stelle stehen. Heute nicht getätigte „Investitionen“ in diesem Bereich kommen der Gesellschaft auf lange Sicht teuer zu stehen
Die Wiedereingliederung und Resozialisierung von orientierungslosen Jugendlichen, die in der Drogenszene, in Jugendsekten, Jugendprostitution, kriminelle und gewaltbereite bzw. politisch extreme Szenen abgedriftet sind, ist weitaus teurer als eine präventive und auf Hilfe zur Selbsthilfe orientierte Jugendpolitik.
Der heutige Umgang mit Jugendlichen ist allzuoft von Vorurteilen bis hin zur Kriminalisierung geprägt. Alternativ bzw. anders sein duldet die Gesellschaft nicht. Aufklärungsarbeit tut also Not, besteht doch nicht zuletzt in alternativen Lebensformen eine Chance, die zukünftigen Probleme zu bewältigen. Ein Beispiel dafür wäre die allgemeine Wohnungsnot, zu deren Linderung Wohngemeinschaften von Jugendlichen beitragen können. Statt diese durch unnötige Bürokratie und Kriminalisierung zu behindern, sollten sie zweckgebunden aus Mitteln von zu erarbeitenden Förderprogrammen und weitestgehende Entbürokratisierung unterstützt werden. Weiterhin sollten Jugendliche die Möglichkeiten eingeräumt bekommen, sich selbst öffentlich darzustellen, sagen zu können, was sie wollen und wie sie dies zu tun gedenken. Nur so können Vorurteile über die ach so böse Jugend abgebaut werden. Kommunikation mit und durch Jugendliche statt über bzw. gegen sie!
Verschärfungen von Strafrechtsnormen beseitigen nicht die Ursachen von jugendlichem Fehlverhalten, sondern fördern sie eher.
Familien-, kinder- und jugendgerechte Politik beginnt nicht zuletzt schon bei der Ausgestaltung der Wohngebiete innerhalb einer jeden Kommune. Schon um gegenseitige Vorurteile abbauen zu helfen und einer eventuellen Ghettoisierung von z. B. alten Menschen entgegenzutreten, sollte schon bei der Vergabe von Wohnraum darauf geachtet werden, daß alle Altersgruppen innerhalb eines solchen Wohngebietes vertreten sind. Daran angeschlossen muß auch das Umfeld familien- und kinderfreundlich gestaltet sein. Dazu gehören unter anderem ausreichend große Grünanlagen, verkehrsberuhigte Zonen, eine vernünftige Verkehrspolitik, die auf einen weitestgehenden Abbau von Schadstoffen orientiert ist - die bekanntlich gerade für Kleinkinder starke gesundheitliche Einschränkungen zur Folge haben können -, ein bedarfs-orientiertes Angebot von Kultur- und Freizeitstätten und nicht zuletzt von ausreichend vorhandenen Kinderkrippen- und Kindergartenplätzen mit gesicherten Mitbestimmungsrechten für die Eltern bzw. Alleinerziehenden.
Letztere sind vor allem auch deshalb von nicht zu unterschätzender Bedeutung, da von ihnen meist die Möglichkeit abhängt, einer geregelten Arbeit nachgehen zu können, eine solche mit der Geburt eines Kindes nicht zu verlieren und auch solchen Regelungen wie der Verfügbarkeitsklausel der Arbeitsämter nachkommen zu können. Die Gefahr sozial geschädigter Kinder ist in arbeitslosen Familien oder auch bei erwerbslosen Alleinerziehenden wesentlich größer, da sie unschuldig zu Opfern werden. Da es aber auch letztere sowie Kinder aus sogenannten Problemfamilien immer geben wird, muß auch ein bedarfsorientiertes und menschenwürdiges Angebot von sozialpädagogisch-betreutem Wohnen für diese Kinder und Jugendliche vorhanden sein (so z. B. auch für minderjährige Mütter u. a.).

Minderheiten

Jede Gesellschaft sollte sich daran messen lassen, wie sie mit ihren Schwächsten und sozialen Minderheiten umgeht. Zu ihnen gehören Behinderte, gleichgeschlechtlich Liebende und Ausländer. Von einer gleichberechtigten und aktiven Teilnahme am öffentlichen Leben sind diese Gruppen noch viel zu häufig ausgeschlossen. Ihre spezifischen Lebensbedürfnisse sind der Öffentlichkeit kaum bekannt, stattdessen regieren Vorurteile, im besten Fall Gleichgültigkeit. Nicht selten erleben Angehörige dieser Minderheiten Anfeindungen, Diskriminierung und Ausgrenzung.
Dresden ist weitgehend keine behindertenfreundliche Stadt. Es fehlt an Rolltreppen, Fahrstühlen usw. in kulturellen Einrichtungen und Ämtern. Insbesondere die Verkehrsmittel, auch Straßen und Gehwege, sind für Behinderte oft unzugänglich. Vom Arbeitsmarkt werden Behinderte zunehmend verdrängt. Arbeitgeber zahlen lieber die viel zu niedrige Ausgleichsabgabe als ihrer Pflicht, eine bestimmte Zahl Behinderter zu beschäftigen, nachzukommen.
Auch Lesben und Schwule werden in der Öffentlichkeit diskriminiert, und sei es durch Worte. Sie werden in der Regel als unnormal betrachtet, auch in den Medien werden heterosexuelle Beziehungen als das „Normale“ dargestellt. So finden Homosexuelle kaum Identifikationsmöglichkeiten und leben ein Stück weit am Rande oder gar außerhalb der Gesellschaft. Ihre Partnerschaften werden juristisch nicht anerkannt.
In Dresden leben ca. 9 000 Ausländer, darunter ca. 430 Asylbewerber sowie zahlreiche ehemalige Vertragsarbeiter. Ihre Situation ist von Unsicherheit geprägt. Vielen droht die Abschiebung. Sogar Bürgerkriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien sind davor nicht sicher.
Nach einer Zeit gewalttätiger Angriffe, die auch Tote forderten, zeigt sich die Situation in Dresden anscheinend beruhigter. Dennoch sind Ausländer immer noch Opfer alltäglicher, oft auch verbaler Gewalt. Sie leben häufig isoliert, durch die Größe mancher Heime besteht die Gefahr der Ghettoisierung.
Das NEUE FORUM setzt sich für eine Integration und Gleichstellung aller sozialen Minderheiten ein. Die Bevölkerung muß über die Probleme dieser Gruppen objektiv und umfassend informiert werden.
Alle Initiativen, Projekte und Selbsthilfegruppen, die der Integration dienen, sind zu unterstützen. Minderheitenbeauftragte, die der jeweiligen Minderheit selbst angehören, sind einzusetzen und mit notwendigen Kompetenzen auszustatten.
Dresden soll nicht nur eine Stadt der Kunst und Kultur sein, sondern ein Ort, der von gegenseitiger Achtung und Toleranz geprägt ist.

NEUES FORUM DRESDEN *Maternistraße 17 01067 Dresden*
Telefon: 0351-4845 508 Telefax: 0351-495 2420